

Graue Zeiten - Ein Job ohne Zukunft!

Die Bundesregierung preist „Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung“ als Chance für Langzeitarbeitslose. Sie werden als der wichtigste Beitrag zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen und als „Wundermittel“ gegen Arbeitslosigkeit propagiert.

Aber die Wirklichkeit sieht arttlers aus!

Ab Januar 2005 müssen ALG II-Bezieher jede „zumutbare“ Arbeit annehmen, sonst droht ihnen die Kürzung der Bezüge. Wer sich weigert bekommt die ALG II-Leistung um 30 % für drei Monate im Wiederholungsfall um 60 % gekürzt. Die Zwangsverpflichteten erhalten neben ihrem ALG II eine Mehraufwandsentschädigung von 1 Euro pro Stunde. Sie arbeiten 30 Stunden in der Woche für sechs bis neun Monate.

In der Arbeitslosenstatistik werden sie nicht mehr mitgezählt!

Diese „Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung“, sind

- keine sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse
- ohne Arbeitsvertrag – ohne Rechte – ohne Bezahlung bei Krankheit
- lediglich Jobs in denen nur die Arbeitsschutzgesetze Anwendung finden

Wenn die „1-Euro-Jobs“ wirklich eine Chance für Erwerbslose sein sollen, warum müssen sie dann mit Zwang durchgesetzt werden?

Diese Arbeitsgelegenheiten sind ein bewährtes Mittel für Leistungskürzungen und zum Abbau von regulären Arbeitsplätzen!

Keine Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt!

In den letzten fünfzehn Jahren hat es verschiedene arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie ABM, SAM, PSA usw. gegeben, die Brücken in den ersten Arbeitsmarkt bauen sollten. *Sie sind nachweislich alle gescheitert!* Angesichts von sieben Millionen fehlenden Existenz sichernden Arbeitsplätzen bildet sich der erhoffte Brückenbau als eine weitere Luftnummer heraus.

Weder Qualifizierung noch Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit!

Für viele Betroffene ist es frustrierend, und entwürdigend zu arbeiten, ohne Job-Perspektive und mit dem Bewusstsein, sich finanziell nicht verbessert zu haben. Ihre Qualifizierung bleibt auf der Strecke, denn dafür stehen die nötigen Mittel nicht zur Verfügung. Eine weitere gesetzliche Beschränkung für Arbeitsgelegenheiten wurde mit Hartz IV ausgehebelt. Der Begriff „gemeinnützig“ wurde durch „im öffentlichen Interesse liegend“ ersetzt.

Mehraufwandsentschädigung keine materielle Verbesserung!

Auf dem ersten Blick sind einige Arbeitslose mit dem 1-Euro-Job zufrieden, weil sie für ein paar Monate 100-200 € mehr haben. Mit dem Regelsatz kann man eben kaum über die Runden kommen. Doch die zusätzlichen 1-2 Euro pro Stunde dienen dazu, den tatsächlichen Mehraufwand, der für den 1-Euro-Job benötigt wird (Fahrkarten, zusätzliche Verpflegung, Reinigungskosten usw.), zu decken. Häufig haben 1-Euro-JobberInnen durch ihren Arbeitseinsatz weniger in der Geldbörse als ohne Arbeit. Soll das etwa die „Chance“ sein?

Wir sind gegen „1-Euro Jobs“,

- weil sie Arbeit ohne Lohn bedeuten, mit der Altersarmut vorprogrammiert wird
- weil sie eine neues Instrument zur Disziplinierung und Ausbeutung von Erwerbslosen sind und zur Bereinigung der Statistik dienen
- weil sie zur Durchsetzung von Niedriglöhnen und der Verschlechterung von Arbeitsbedingungen insgesamt benutzt werden
- weil sie reguläre tariflich abgesicherte Arbeitsplätze vernichten
- weil die Gemeinnützigkeit nicht Vorrang hat, sondern laut Gesetz „zusätzlich“ und „im öffentlichen Interesse liegen“. Damit kann auch ein privates Wirtschafts-Unternehmen solche 1-Euro-Arbeitsgelegenheiten einrichten, wenn es erklärt, dass das Ergebnis der Arbeit einem „öffentlichen Interesse“ zugute kommt.
- weil sie die Tür öffnen für weitere Kürzungen der öffentlichen Haushalte und somit die geplanten Steuersenkungen für Unternehmen und Kapitalbesitzer finanziert werden können
- weil keine Beschäftigung bzw. Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt erfolgt
- weil sie Beschäftigte und Erwerbslose gegeneinander ausspielen
- und weil wir genug haben von leeren Versprechungen der Politik, die uns eine weitere Maßnahme zum Lohndumping und Sozialabbau als „Chance“ und als „Wundermittel“ gegen die Arbeitslosigkeit verkaufen wollen!

Wir lehnen diese Art von Arbeitsgelegenheiten ab und unterstützen alle, die sich dagegen wehren wollen!

Wir fordern:

- Weg mit Hartz IV und Agenda 2010!
- her mit der 30-Stundenwoche bei vollem Personal- und Lohnausgleich!
- Existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn!
- ein bedürfnisorientiertes ausreichendes Grundeinkommen für alle
- die Rücknahme der Gewinnsteuersenkungen und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer!

Die Mitglieder der Arbeitsloseninitiative Iserlohn

Text – J. Peeren
ARBEITSLIENEN ZENTRUM
des Unabhängigen Frauenkreises
Iserlohn
Friedrichstraße 27 • 53066 Iserlohn
Tel. 02271 4010 • Fax 02271 765 251
e-mail: info@arbeitslohn@frcnet.de